

## **Bekanntmachung der Gemeinde Ratekau**

**Betr.: Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 102 der Gemeinde Ratekau für ein Gebiet in Sereetz, nördlich der Schwartauer Straße, östlich der BAB1, südlich der Bebauung Walkmöhle und westlich der Hamburger Straße (Feuerwehr Sereetz)**

Die Gemeindevertretung hat in der Sitzung am 03.04.2023 den Bebauungsplan Nr. 102 der Gemeinde Ratekau für ein Gebiet in Sereetz, nördlich der Schwartauer Straße, östlich der BAB1, südlich der Bebauung Walkmöhle und westlich der Hamburger Straße (Feuerwehr Sereetz), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan tritt mit Beginn des 24.05.2023 in Kraft. Alle Interessierten können den Bebauungsplan und die Begründung dazu von diesem Tage an in der Gemeindeverwaltung Ratekau in 23626 Ratekau, Bäderstraße 19, Zimmer 62, während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten. DIN-Vorschriften / technische Regelwerke, auf die in der Bebauungsplanurkunde verwiesen wird, können dort ebenfalls während der Öffnungszeiten eingesehen werden. Zusätzlich wurden der Bebauungsplan und die Begründung ins Internet unter der Adresse <https://www.b-plan-services.de/bplanpool/Ratekau/karte> eingestellt.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch diesen Bebauungsplan in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Unbeachtlich ist zudem eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplan Satzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

